

MEINE

MA(c)H(t)MUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN

SPD

MAHMUT ÖZDEMİR
SPD BUNDESTAGSABGEORDNETER

NR. 07 | AUGUST 2016



HEUTE LESEN SIE ÜBER:

- | | | |
|---|---|--|
| ■ Innere Sicherheit nur mit Staatsdienern! Seite 3 | ■ Sozialdemokratie und Sondervermögen Seite 11 | ■ Zukunft des Nahverkehrs - Mobilität für die Kommune gestalten Seite 17 |
| ■ Über Erbschaftssteuer und Panama: Wir brauchen gerechte Steuern Seite 6 | ■ Treffen mit Interessenvertretern Seite 13 | ■ Stadt ist Heimat - Aus Flüchtlingen werden Nachbarn! Seite 18 |
| ■ Globalisierung braucht klare Regeln und Leitplanken Seite 7 | ■ Namentliche Abstimmungen Seite 14 | ■ Özdemir on Tour Seite 19 |
| ■ Fairer Lohn für gute Arbeit! Seite 9 | ■ Ruhrgebiet - „Tradition neu denken“ Bericht über die Veranstaltung am 1. Juli 2016 in Duisburg Seite 16 | ■ Duisburg in Berlin - Bericht von unserer BPA Fahrt! Seite 21 |

**UNSERE GEDANKEN
SIND BEI DEN OPFERN
UND ANGEHÖRIGEN**



#MÜNCHEN

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

der Deutsche Bundestag macht „Sommerpause“. Wobei dieses Wort auch relativ sein kann. Dies zeigten die letzten Jahre, als es um Waffenlieferungen zur Bekämpfung des IS ging oder um Finanzhilfen für Griechenland, wozu der Deutsche Bundestag jeweils zu Sondersitzungen einberufen wurde. Um hier nur einige aktuelle Stichworte zu nennen: Erbschaftssteuer, Verschärfung des Sexualstrafrechts, Gesetz zur Verhinderung des unkonventionellen Frackings, Digitalisierung der Energiewende.

Ein Thema aber dominiert die Gedanken: der „Brexit“. Seit zwei Jahrzehnten kennen wir eine Europäische Union, die ihr Gebiet, den Geltungsbereich ihrer Währung und den politischen Wirkbereich vergrößert. Und nun warten die Briten mit einer Mehrheit - wenn auch knapp - auf und beginnen den entgegengesetzten Kurs, weg von der Union. Die Suche nach Erklärungen ist genauso mühsam wie verwirrend. Alle Vorurteile gegen die EU wurden bedient, von der Glühbirne über die Bananenkrümmung bis hin zu den geldverbrennenden Bürokraten.

Fakt ist: Es muss etwas passieren! Das war ein Warnschuss für die EU. Die EU braucht seit Jahren eine politische Verdichtung statt Finanzpakete und den Versuch eines Hineinregierens in die Belange der

Mitgliedsstaaten. Wie das Ruhrgebiet zur Erhaltung seiner Stärke andere politische Entscheidungen benötigt als das Allgäu, so braucht auch Europa eine kluge Regionalpolitik für seine Mitgliedsstaaten.

Wir nehmen das Votum der Briten dennoch ernst: Nachdem der formelle Austrittsantrag gestellt worden ist, beginnen die Verhandlungen. Viele Rechtsfragen sind zu klären, ob es beispielsweise Regressforderungen für EU-Förderungen geben und wie die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik aussehen kann. Schließlich haben wir es bald mit einem „Drittstaat“ zu tun, der auf irgendeine Art eng verbunden sein wird, aber eben draußen sein muss. Ohne unnötige Härte und unverhältnismäßige Schnelle werden wir diesen Austritt einfordern und vollziehen.

Eines ist jedoch sicher: Europa mag seine Schwächen haben, dennoch ist die größte Stärke der Frieden. Dieser Satz - so häufig er auch benutzt wird - verkommt nie dazu, inflationär oder floskelartig zu klingen.

Der gesamte Verlauf von derart besonders emotionalen Debatten zeigt aber auch: Wir brauchen neue Regeln für Politik. Solange von „denen da oben“ und „uns hier unten“ gesprochen wird, gibt es keine Identifikation mit den Einrichtungen des Staates oder den Volksvertretern - unabhängig davon,

ob Wähler oder Nichtwähler. Politik muss klar machen, dass das Wahlvolk die Entscheidungen beeinflusst und nicht die komplexen globalen wirtschaftlichen Prozesse und Zwänge. Die Einflussnahme auf politische Prozesse und Entscheidungsträger muss offengelegt werden. Wir können hier von der EU lernen und ein Lobbyregister verbindlich einführen. Die Nebeneinkünfte von Politikern können in geeigneter, den Datenschutz wahrenden Form, bekannt gemacht werden.

Vorbehaltlich einer (oder mehrerer) Sondersitzung(en), ist jetzt bei vielen Gesprächen im Wahlkreis Zeit genug, um gemeinsam über Ideen zu diskutieren, die dann pünktlich zur nächsten Sitzungswoche spruchreif sind. Bis dahin viel Spaß bei der Lektüre dieser Ausgabe!

Glückauf



Euer
Mahmut Özdemir

Impressum

■ V.i.S.d.P.

Mahmut Özdemir, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 73819

mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de



Bild: Politikeraner (<https://commons.wikimedia.org/wiki/User:Politikaner>)

Innere Sicherheit nur mit Staatsdienern!

Privatisierung von Staatsaufgaben konsequent beenden - Luftsicherheit zurück in staatliche Hand!

von Mahmut Özdemir, MdB

Deutsche Post, Deutsche Telekom und Deutsche Bahn. Der Name ist bei allen Unternehmen geblieben, nur die Rechtsform hat sich verändert und damit auch teilweise die Eigentümerstruktur. Die Privatisierungswelle Mitte der Neunzigerjahre machte es hoffähig, sich von staatlichen Aufgaben „zu trennen“ und diese in einer bundeseignen Gesellschaft zu organisieren. Kommunen folgten dieser Entwicklung: So

wurde aus der Stadtverwaltung eine Konzernzentrale, die unzählige Gesellschaften mit dem Rat zu kontrollieren hatte. Eine schier unglaubliche Aufgabe. Die erforderliche Kontrolle fiel schwer, denn teilweise standen sich Rechtsform und die politische Kontrolle im Weg, statt sich gegenseitig zu befördern. So muss die Deutsche Post sich in einem Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof im Zusammenhang mit „Ren-

tenssubventionen“ rechtfertigen, die Deutsche Telekom fördert eher das Vectoring als den flächendeckenden Glasfaserausbau, und die Deutsche Bahn?! Renoviert endlich die Hauptbahnhöfe. Man mag über Wirtschaftlichkeit und Sinnhaftigkeit bei diesen Fällen streiten, weil diese sich in einer Grauzone der Dienstleistung befinden.

Diesen Modellen der „Privatisierung von Staatsaufgaben“ leisten in letzter Zeit anscheinend

auch einige Bürgerinnen und Bürger Folge. Vereinzelt bahnten sich „Bürgerwehren“ auf deutschen Straßen ihren Weg. Eine Entwicklung, die richtigerweise in der Sekunde verdrängt wurde, in der sie entstanden ist. Der fade Beigeschmack einer Frage aber blieb: Kann man polizeiliche Tätigkeiten also auch grundsätzlich privatisieren? Diese Frage kann und darf aus rechtsstaatlicher Sicht nur rhetorisch gestellt werden. Denn das Gewaltmonopol liegt in staatlicher Hand und darf ausnahmslos nur von staatlichen Kräften, die den Eid auf das Grundgesetz geschworen haben, vollstreckt werden.

Gerade deshalb benötigen unsere Sicherheitsbehörden endlich einen Personalaufwuchs, der über das Auffangen von den in Pension tretenden Staatsdienern hinausgeht. Im Gesundheitswesen fordern wir einen gesetzlichen Personalschlüssel, sodass wir hier bei einer klar definierten sicherheitspolitischen Frage den Aufgaben und Lagebildern entsprechend Personal rechnerisch zuteilen können. Das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst benötigen dringend eine ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechende Personalausstattung. Es geht auch nicht darum, blind „mehr Stellen“ zu fordern. Vielmehr ist es ein Defizit in der politischen Verantwortung, keinen Blick für die Belastung der

Sicherheitskräfte und deren Überstunden und Krankheitszeiten zu haben. Ein Betrieb, der ohne Sicherheitsreserve beim Personal 24 Stunden bei 365 Tagen Dienst abfordert, bringt seinen Untergebenen keine Wertschätzung entgegen. Vielmehr noch - er gefährdet den Betrieb, nur dass der „Betrieb“ hier die Sicherheitslage im ganzen Land darstellt.

Die Gefährdung zeigt sich zunehmend anhand des Bereiches der Luftsicherheit. Ein Paradebeispiel der Privatisierung einer ureigenen staatlichen Aufgabe. Bevor ein Passagier den sicherheitsrelevanten Bereich eines Flughafens Richtung Flugzeug betritt, wird die Person samt Handgepäck kontrolliert. Der Unterschied zu „damals“ ist, dass keine staatlichen Kräfte mehr am Band sind, sondern Beschäftigte privater Sicherheitsunternehmen, die einer öffentlichen Ausschreibung gefolgt sind und den Auftrag auf bestimmte Zeit bis zur nächsten Ausschreibungsperiode erhalten haben. Damit muss Schluss sein! Die laufenden Verträge sollten zwar eingehalten werden - jedoch müssen die auslaufenden Verträge an den entsprechenden Flughäfen mit staatlichem Personal an der Handgepäck-Kontrolle ersetzt werden.

Manche werden sagen: Rückverstaatlichung heißt Kostenineffizienz. Das Kostenargument greift hier aber nur ganz beschränkt. Erstens steht fest: Sicherheit gibt es nicht zum

Nulltarif. Zweitens: Auch die Beschäftigten, die derzeit an den Flughäfen im Dienste privater Sicherheitsunternehmen ihren Dienst verrichten, wollen wir nicht in die Arbeitslosigkeit schicken. Richtig ist, dass derzeit durch die Luftsicherheitsgebühr - die die Flughäfen, Fluggesellschaften und am Ende natürlich auch der Flugreisende selbst tragen -, eine beträchtliche Summe von rund 600 Millionen Euro durch das System geht. Diese Ausgangslage konstruktiv zu verwerten ist nicht besonders schwierig, wenn man die innenpolitischen und verkehrspolitischen Ziele übereinander legt. Mit der Luftsicherheitsgebühr in dieser Ausprägung und Höhe stehen unsere deutschen Fluglinien im europäischen und internationalen Wettbewerb - jenseits der Belastung des Endkunden - mit einem negativen Alleinstellungsmerkmal da. Dass die Luftverkehrswirtschaft bei stetig steigenden Passagierzahlen ihre finanzielle Verantwortung auch tragen muss, steht außer Frage. Ebenso wie außer Frage stehen muss, dass Sicherheit dieser kritischen Infrastruktur nur staatliche Aufgabe sein kann.

Die Gründe hierfür liegen ebenfalls auf der Hand: Die speziellen sicherheitsrelevanten Kenntnisse, die das Personal über Jahre erwirbt, sind äußerst sensibel und sollten im Idealfall das System nie verlassen. Nur wer den Beschäftigten am Band die Sicherheit gibt,

kann auch die Sicherheit der gesamten Aufgabe der Gepäck- und Personenkontrolle sicherstellen. Nur mit einem konsequenten Übernahmeangebot für die geeigneten Beschäftigten bei einer zu vollziehenden Rückverstaatlichung kann garantiert werden, dass diese Kenntnisse eben nicht nach außen treten. Das vermeintliche Gegenargument liegt ebenfalls auf der Hand, ist aber schnell entkräftet. Manche werden sagen: Nur weil sich der Arbeitgeber ändert, verbessert sich noch lange nicht der Arbeitserfolg der Beschäftigten, spricht das Personal der Bundespolizei findet das nicht zulässige Messer im Handgepäck genauso schlecht wie das der privaten Sicherheitsunternehmen. Konsequenz und zugegebenermaßen überspitzt zu Ende gedacht hieße das aber für alle hoheitlichen Aufgaben, dass es gleichgültig ist, wer der Arbeitgeber des den Staat vollstreckenden Personals ist, so lange im Getriebe irgendwo eine staatliche Aufsicht steckt. Aber wenn die Bundespolizei die Gepäckkontrolle nicht selber durchführt, sondern zulässigerweise nur beaufsichtigt und damit nur das „Ob“ der Tätigkeit noch hoheitlich ist, dann könnte die Diskussion demnächst darüber beginnen, ob nicht auch private Sicherheitskräfte „auf Streife“ geschickt werden dürfen, solange staatliche Polizeikräfte dies

gemütlich in der Einsatzzentrale beaufsichtigen?!

Eine solche Argumentation ist grotesk. Der Debatte, ob Private die Aufgabe besser oder schlechter erledigen können, müssen wir uns mit unserem öffentlichen Dienst jeden Tag stellen. Ebenso wie wir uns der ideologischen Debatte stellen müssen, ob der öffentliche Dienst mit der Bezahlung seiner Staatsdiener in Konkurrenz steht oder stehen will.

Fakt ist angesichts der gravierenden Sicherheitspannen (ob nun zufällig oder durch gezielte Tests durch die EU-Kommission entdeckt): An deutschen Flughäfen besteht dringend Handlungsbedarf. Anscheinend ist beim Bundesministerium des Innern zumindest noch in der politischen Führung Überzeugungsarbeit zu leisten, um diese Rückverstaatlichung durchzusetzen. Wer bei der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als erstes an den Haushaltsausschuss denkt, ist ein falscher Wortführer im Innenausschuss. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass Beschäftigte, die auf Geheiß der Bundesrepublik Deutschland handeln, auch selbst einer strengen Sicherheitsprüfung unterliegen und personell derart auskömmlich ausgestattet sind, dass eine strikte Aus- und Weiterbildung stetig vollzogen wird und die

hierdurch und möglicherweise durch Krankheit und Urlaub entstehenden Engpässe aufgefangen werden. Auf diese Weise könnte auch der - unter anderem von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) angeregte - Abgleich von Passagierdaten auf Flugtickets im Schengen-Raum realisiert werden.

Sicherheit erreicht man am Wenigsten durch Lippenbekenntnisse. Wir haben als SPD-Bundestagsfraktion mit dem Stellenplus bei der Bundespolizei einen Akzent gesetzt. Diesen Akzent verfolgen wir weiterhin von der Luftsicherheit bis zur Streife im Quartier. Die personellen Kürzungen im Gefüge unserer Sicherheitsbehörden sind eine Gefahr für die Sicherheit aller Menschen im Land. Wir müssen uns mit mehr Personal mit neuen Bedrohungslagen auch innenpolitisch auseinander setzen. Wir müssen Sicherheitsbehörden befähigen, auf Ansammlungen durch soziale Medien im Sekundentakt genauso zu effektiv zu reagieren, wie sie den Wohnungseinbruch verhüten oder zügig aufklären. Die sozialdemokratische Innenpolitik ist ein verlässlicher Partner auch und gerade in Haushaltsberatungen, wenn es darum geht, Stück für Stück wieder unsere Sicherheit zurück in Staatshand zu holen - vom Bund bis in die Länder.

Über Erbschaftssteuer und Panama: Wir brauchen gerechte Steuern!

Für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Gastbeitrag: Carsten Schneider, MdB

„Zahlen Reiche eigentlich Steuern?“ Diese Frage kam auf nach den Enthüllungen der Panama-Papers. Mit Hilfe von Briefkastenfirmen versuchen Wohlhabende ihre Unternehmensbeteiligungen zu verschleiern, Steuern zu vermeiden und illegal oder kriminell erworbenes Geld zu „waschen“. Auch ich habe mir diese Frage gestellt. Aber in einer anderen Sache. Nämlich während der Verhandlungen mit CDU und CSU über einen Kompromiss bei der Erbschaftssteuer: Mit einem ganzen Katalog an Forderungen hatte die CSU versucht, großzügige Ausnahmen für reiche Unternehmenserben durchzusetzen, obwohl das Bundesverfassungsgericht genau das kritisiert hatte.

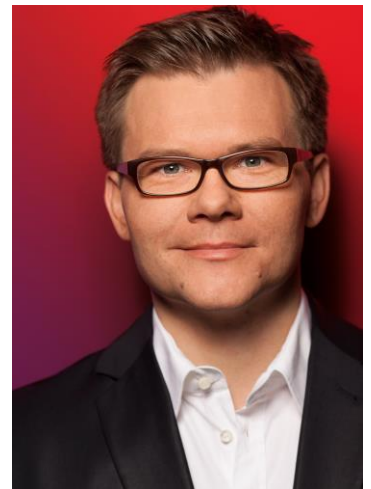
Steuerpolitik ist ein wichtiges Mittel, um das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern. Wer ein großes Vermögen erbt oder geschenkt bekommt, hat dafür keine eigene Leistung erbracht. Es ist sozial gerecht, diese Weitergabe von Vermögen zu besteuern. Die Erbschaftssteuer ist eine der wenigen vermögensbezogenen Steuern in Deutschland. Mit der Neuregelung wird sie das bleiben: Superreiche müssen beim Übergang großer Betriebsver-

mögen oder von Unternehmensteilen Steuern zahlen. Zugleich schützen wir mit der Neuregelung die Arbeitsplätze, wenn ein Betrieb oder Unternehmen vererbt wird. Es gibt bei Erbschaften auch weiterhin für Ehepartner, Kinder und Enkel hohe Freibeträge und auch für Omas berühmtes „kleines Häuschen“. Daran ändert sich nichts.

Die CSU wollte übrigens die Erbschaftssteuer in die Zuständigkeit der Länder übergeben. Und sie dann in Bayern ganz abschaffen. Das hat die SPD verhindert! Derartiges Steuerdumping widerspricht dem Ziel einheitlicher Lebensverhältnisse in unserem Land. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen, wie es im Grundgesetz heißt.

Bereits heute ist Vermögen sehr ungleich verteilt in unserer Gesellschaft. Diese Ungleichheit setzt sich auch beim Erben fort. Deshalb ist die Erbschaftssteuer so wichtig. Sie sorgt als vermögensbezogene Steuer für einen Ausgleich und für mehr Steuergerechtigkeit.

Seit Jahren vergrößert sich die Schere zwischen Arm und Reich. Auswüchse wie der Panama-Skandal oder auch die Diskussion um die Erbschafts-



steuer sind Beispiele dafür. Hier müssen wir gegensteuern und bestehende Gesetze ändern oder verschärfen. Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und bisher legaler Steuertricks hat die SPD bereits eine Reihe von Gesetzesverschärfungen auf den Weg gebracht.

Wir Sozialdemokraten sorgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Wir wollen keine gewinnsüchtige Oberschicht ohne Verantwortungsbewusstsein für unser Gemeinwesen. Und wir müssen dagegenhalten, wenn Populisten und Rechtsextreme versuchen, mit dem Schüren von Hass und Gewalt den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu zerstören.

Das beste Beispiel dafür ist die Brexit-Entscheidung in Großbritannien: Die Rechnung für den per Volksentscheid herbeigefügten EU-Austritt werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu zahlen haben! Denn der Austritt wird negative Auswirkungen auf die dortige Wirtschaft haben und den Verlust

von Arbeitsplätzen. Die Abstimmung geht auf einen ungeklärten Konflikt innerhalb der Konservativen Partei von David Cameron zurück. Leichtfertig wurden die wirtschaftlichen Probleme des Landes auf die EU abgeschoben statt sie in Großbritannien selbst zu lösen.

Wir jedenfalls können eine Gefährdung des Friedensprojektes der Europäischen Union nicht wollen. Und auch nicht die weitere Spaltung unserer Gesellschaft.

Wir als Sozialdemokraten stellen uns mit unseren Vorschlä-

gen derartigen Entwicklungen entgegen. Die Beseitigung von sozialen und ökonomischen Ungleichheiten wird auch in den nächsten Jahren die politische Debatte dominieren. Gehen wir es an!

„Globalisierung braucht klare Regeln und Leitplanken“

Dirk Wiese, MdB, zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages, beantwortet uns 5 Fragen zu TTIP und CETA.

Lieber Dirk Wiese, wieso wird so viel über Freihandel diskutiert?

Wir leben in einer Welt, die sich immer weiter vernetzt und zusammenwächst. 40 Prozent der europäischen Industrieprodukte werden heute aus importierten Vorprodukten hergestellt und immer mehr Waren und Dienstleistungen werden grenzüberschreitend gehandelt. Deshalb muss die Politik, müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten, Einfluss auf die Wechselwirkungen der Globalisierung nehmen und ihr eine Struktur geben. Da der multilaterale Ansatz auf WTO-Ebene, gemeinsam weltweit Standards zu setzen, stockt, nimmt die Zahl an bilateralen Freihandelsabkommen stetig zu. Derzeit sind allein in Asien 100 bilaterale Freihandelsabkommen in Kraft, 75 in Verhandlung. Hinzukommen große regionale Abkommen in unterschiedlichen Kons-

tellationen. Europa darf aus diesem Grund die Chance nicht vergeben, mit an Regeln der Globalisierung zu arbeiten. Dies gilt für sämtliche laufende Verhandlungen, also auch mit Japan oder Vietnam, aber insbesondere für die Verhandlungen mit den USA.

Die SPD hat dabei eine eindeutige Haltung: Globalisierung braucht klare Regeln und feste Leitplanken. Dafür wollen wir am Verhandlungstisch gute Ergebnisse erzielen. Nur wer mitredet, kann gestalten. Wir wollen keine Abkommen um jeden Preis. Uns kommt es auf die Inhalte an. Stimmen die Bedingungen am Ende der Verhandlungen, kann man zustimmen. Stimmen diese nicht, dann werden wir nicht zustimmen. Ganz einfach. Allerdings muss man nach 14 von 27 Verhandlungsrunden mit den USA ganz nüchtern feststellen, dass TTIP faktisch tot ist. Aus meiner



Sicht sollte man sich jetzt ehrlich machen. Es gibt jetzt drei Möglichkeiten. Erstens die Verhandlungen abbrechen. Dazu bedarf es aber eines förmlichen Beschlusses der EU-Mitgliedsländer im Europäischen Rat. Zweitens die Verhandlungen auf dem jetzigen Stand einzufrieren und unter einer Präsidentin die Verhandlungen mit einem geänderten Verhandlungsmandat wieder aufnehmen. Dabei könnte man dann von vornherein die Schiedsgerichtsbarkeit ausklammern. Oder drittens bestimmte Punkte und Regelvereinfachungen, bei denen wir Einigkeit erzielen können, wie zum Beispiel Zollsensenkungen, außerhalb von TTIP weiter zu verhandeln. Dies würde insbesondere den

exportstarken Industrien, wie dem Maschinen- und Anlagenbau oder der Automobilindustrie helfen.

Was dürfen deutsche Unternehmer und Angestellte realistisch von TTIP und CETA erwarten?

Wichtig ist: Offene Märkte sind für eine so exportorientierte Volkswirtschaft wie die deutsche wichtig, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Im Durchschnitt liegt der Lohn eines Arbeitnehmers in einem exportorientierten Unternehmen um 15% höher. Unsere „Hidden Champions“ in Nordrhein-Westfalen brauchen sich dabei nicht zu verstecken. Ob ein Unternehmen letztendlich profitiert, das hängt von der Branche und ihrer Exportabhängigkeit ab. Profitieren werden zweifelsohne die Automobilzulieferer, der Maschinen- und Anlagenbau und die Elektroindustrie.

Viele Details in den Verhandlungen sind umstritten. Zum Beispiel ISDS: Hinter diesem sperrigen Kürzel verbirgt sich der noch sperrigere Begriff Investor State Dispute Settlement. Was hat es mit diesem aus dem anglo-amerikanischen Rechtsraum kommenden Begriff auf sich und warum gibt es so viel öffentliche Kritik daran?

Der englische Begriff ist missverständlich, da es die Bundesrepublik Deutschland war, die das Schiedsgerichtssystem in einem bilateralen Abkommen

mit Pakistan im Jahre 1959 erfunden hat. Dieses System bedarf aber schon lange einer umfassenden Reform, da ISDS bislang weder Unabhängigkeit noch Rechtssicherheit garantiert. Bei den jetzigen Verhandlungen bietet sich die einmalige Möglichkeit das internationale Recht zu reformieren. Der Vorschlag und die Durchsetzung der europäischen Sozialdemokraten zur Schaffung eines internationalen Handelssgerichtshofs anstelle des ungeeigneten Schiedsgerichtssystems im Abkommen mit Kanada haben gezeigt, dass eine konstruktive öffentliche Diskussion auch festgefahrene Debatten wiederbeleben kann. Eine solche Errichtung, wie von der SPD gefordert, bringt mehr Transparenz, bessere Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, eine Berufungsinstanz und somit eine akzeptable Lösung, die wir gerade aktuell prüfen.

Mit der kanadischen Regierung (CETA-Abkommen) und auch im Rahmen des Abkommens mit Vietnam hat sich die EU-Kommission, auf Drängen der SPD und anderer sozialdemokratischer Parteien in ganz Europa, nun auf eine Alternativregelung einigen können. Die wesentlichen Eckpunkte dieser „neuen Lösung“ hatte Vizekanzer Sigmar Gabriel bereits sehr früh ins Gespräch gebracht. Wie sollen Investitionsschutzverfahren künftig ablaufen?

Wir wollen mit dem neuen Ansatz u.a. verhindern, dass weiterhin private Anwälte zu Richtern ernannt werden. Stattdessen wollen wir öffentlich bestellte Richter, die nicht nebenher als Anwälte oder parteibenannte Gutachter in Investitionsverfahren arbeiten. Es gibt viele Professoren und Richter in der EU und Kanada, die bisher weder als Schiedsrichter noch als Anwalt an ISDS-Verfahren beteiligt waren, aber durch ihre Kenntnisse im Völkerrecht die Voraussetzungen für den Investitionssgerichtshof erfüllen. Die Regelungen zur Qualifikation der Richter entsprechen im Übrigen denjenigen bei anderen internationalen Gerichtshöfen, wie z.B. dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Damit sind Bedenken bzgl. der Fachkompetenz der zukünftigen Richter und zu möglichen Zuständigkeitskonflikten mit dem EuGH/nationalen Gerichten ausgeräumt. Außerdem gelten zukünftig die UNCITRAL-Transparenzregeln. Dies bedeutet die Veröffentlichung aller Verfahrensdokumente sowie die Öffentlichkeit der mündlichen Verhandlungen. Zudem trägt die unterlegene Partei zukünftig die Prozesskosten. Ein Unding, dass das bisher nicht so war!

Laut einigen Akteuren sollen TTIP und CETA durch die Hintertür die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen. Wieviel Wahrheit steckt dahinter?

Der Entwurf des CETA-Abkommens stellt sicher, dass die Kommunen nicht eingeschränkt werden und kein Druck in Richtung einer Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen ausgeübt wird. Keine Marktöffnungsverpflichtun-

gen für deutsche Kommunen! Die Kommunen können künftig selbst entscheiden, ob sie ein kommunales Unternehmen privatisieren wollen oder ein privates Unternehmen im Rahmen der Rekommunalisierung wieder als kommunales Unter-

nehmen führen wollen. CETA beinhaltet hier den gleichen Vorbehalt gegen Öffnungsverpflichtungen, wie er bereits in anderen Abkommen der EU enthalten ist. Das fordern wir auch für die gerade laufenden Verhandlungen für TTIP.

Fairer Lohn für gute Arbeit!

Mit dem Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit ist jetzt Schluss!

Gastbeitrag: Andrea Nahles, MdB, Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Endlich ist es geschafft: Das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen ist auf dem Weg. Jede und jeder kennt die Berichte, kennt von Freunden, Kolleginnen und Kollegen oder aus der Familie Beispiele für solchen Missbrauch.

Wir haben es in den Koalitionsvertrag hineingekämpft, dass wir dem einen Riegel vorschieben, und wir setzen es jetzt auch um. Wir geben Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern eine klare Perspektive und arbeiten gegen Abstiegsängste und Verunsicherung in den Betrieben - auch bei den Stammbeschäftigten. Wir sorgen dafür, dass gute Arbeit auch fair bezahlt wird.

Wir setzen klare soziale Leitplanken. Gleichzeitig geben wir den Sozialpartnern Spielraum, um passgenaue Regelungen vereinbaren zu können. Denn eine starke Sozialpartnerschaft sichert die Interessen der Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Was wird also bei den Werkverträgen geregelt? Als erstes schaffen wir Transparenz und stärken die Verhandlungsposition der Betriebsräte. Wir sorgen dafür, dass die Betriebsräte wissen: Wer ist wo mit welchem Auftrag auf dem Betriebsgelände unterwegs? Dann können sie endlich auf Augenhöhe über den Einsatz von Fremdpersonal, sowohl über Leiharbeit als auch über Werkverträge, verhandeln. Wir stärken zudem die Rechtssicherheit der Beschäftigten: Arbeite ich wirklich selbstständig oder bin ich abhängig beschäftigt? Indem wir die sogenannte „Vorratsverleiherlaubnis“ abschaffen, verhindern wir zudem, dass Arbeitgeber bisher vermeintliche Werkverträge in Leiharbeit umetikettieren und damit legalisieren. Jetzt bekommen die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag



mit dem Einsatzunternehmen, falls der vermeintliche Werkvertrag kein wirklicher Werkvertrag ist.

Auch bei der Leiharbeit sorgen wir für klare Verhältnisse. Leiharbeit soll zeitlich befristeten Arbeitskräftebedarf decken. Diese Kernfunktion schärfen wir: Nach 18 Monaten ist grundsätzlich Schluss. Gleiche Entlohnung wie vergleichbare Stammbeschäftigte gibt es spätestens nach neun Monaten („Equal Pay“). Darüber hinaus zählen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Einsatzbetrieb bei den Schwellenwerten in der Betriebsverfassung jetzt definitiv mit, in der Unternehmensmitbestimmung ebenfalls, wenn

sie mehr als sechs Monate im Entleihunternehmen eingesetzt sind. Und mit dem Verbot des Einsatzes von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher setzen wir ein klares Signal für faire Tarifverhandlungen.

Darüber hinaus geben wir auch den Sozialpartnern Spielraum. Durch Tarifvertrag - also mit Zustimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - können sie von den Grundsätzen für die Überlassungshöchstdauer und „Equal Pay“ abweichen. Denn das kann vor Ort sinnvoll und von Arbeitgeber wie Arbeitnehmerseite gewollt

sein. Nicht tarifgebundene Entleiher sind also zunächst außen vor. Sie können nur abweichen, wenn sie einen Tarifvertrag „eins zu eins“ als Betriebsvereinbarung übernehmen oder der entsprechende Tarifvertrag eigens eine ausdrückliche Öffnungsklausel enthält - auch dafür also brauchen sie die Beschäftigten.

Verlässliche und verbindliche gesetzliche Standards für alle sind gut - passgenaue und flexible Ausgestaltungen in den Branchen und Betrieben sind manchmal besser - wenn sie sozialpartnerschaftlich ausgehandelt sind.

Für mich ist das auch ein Modell für die Zukunft der Arbeit, insbesondere wenn ich an die Veränderungen durch die Digitalisierung denke. Ich nenne das „Arbeiten 4.0“. Auch hier setze ich auf die Sozialpartner. Denn die Zukunft liegt in passgenauen Lösungen für Branchen und Betriebe, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt werden. Damit alle etwas vom Einsatz technologischer Neuerungen haben, muss unser Ziel sein: Mehr Flexibilität gegen mehr Sicherheit. So gehen wir in eine menschengerechte und faire Arbeitswelt der Zukunft.

Sozialdemokratie und Sondervermögen: Bildung fördern - Kommunen unterstützen

von Timo Bongards -

ehemaliger Praktikant im Berliner Büro von Mahmut Özdemir, MdB

Finanzmarktstabilisierungs-, Investitions- und Tilgungsfonds oder Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute: Hinter all diesen Begriffen verbergen sich sogenannte „Sondervermögen“ des Bundes. Sondervermögen sind vom „normalen“ Haushalt getrennte Vermögen, die in vielen Fällen eine effizientere Erfüllung einer speziellen Aufgabe ermöglichen. Für die Energiewende gibt es beispielsweise einen „Energie- und Klimafonds“, für welchen das Bundesfinanzministerium zuständig ist. So werden Konflikte und Schwierigkeiten umgangen, die mit der Zuständigkeit mehrerer Ministerien einhergehen würden.

Wie aus den Namen der genannten Sondervermögen bereits deutlich wird, fließt über sie viel Geld in den Banken- und Finanzsektor. Die SPD hat sich in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, dass auch für andere wichtige gesellschaftspolitische Bereiche sinnvolle Sondervermögen eingerichtet werden. Im Zentrum standen dabei besonders zwei Themen: Bildung und die Kommunen.

Sozialdemokraten wissen um die Bedeutung von frühkindlicher Bildung. Daher wurde schon 2007 das „Sonderver-

mögen Kinderbetreuungs- ausbau“ unter Regierungsbeteiligung der SPD errichtet. Mit diesem Sondervermögen wurde seitdem viel für den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren erreicht. Um den Ausbau weiter voran zu treiben, wurde dieses Sondervermögen in der laufenden Legislaturperiode um 550 Mio. Euro aufgestockt. So können Kommunen wie Duisburg auch in Zukunft bei ihren Bemühungen um die frühkindliche Bildung finanziell unterstützt werden. Neben der Bereitstellung von genügend Betreuungsplätzen liegt der SPD dabei die Qualität der Kinderbetreuung besonders am Herzen. Zusätzlich zu der finanziellen Aufstockung des Sondervermögens wurden in dieser Legislaturperiode daher u.a. 400 Mio. Euro für die Sprachförderung in Kitas zur Verfügung gestellt.

In der MA(c)H(t)MUT vom Juni letzten Jahres war bereits die Rede von 1,13 Mrd. Euro, welche NRW durch den „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ aus Mitteln des Bundes erhalten hat. Dieses Sondervermögen wurde eingerichtet, um Kommunen mit Investitionsbedarf finanziell zu unterstützen. Mittlerweile hat der Landtag in NRW auch über die Verteilung



Timo Bongards studiert Politik und Wirtschaft in Mannheim und hat von April bis Mai 2016 ein Praktikum im Bundestagsbüro von Mahmut Özdemir, MdB absolviert.

der finanziellen Mittel des Bundes entschieden. Das erfreuliche Ergebnis: Duisburg erhält rund 73 Mio. Euro. Dies bedeutet, dass Duisburg (knapp hinter Dortmund) die zweithöchsten Mittel für Investitionen zur Verfügung gestellt bekommt. So können Projekte realisiert werden, welche die Stadt alleine nicht hätte stemmen können.

In den letzten Monaten hat der Stadtrat über die konkrete Verwendung der 81,1 Mio. (73 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt bei nur zehn Prozent Eigenbeteiligung der Stadt Duisburg) entschieden. Im Fokus stehen dabei die Bereiche Straßenverkehr (inkl. Lärmschutz), allgemeine Energieeffizienz, öffentlicher Personenverkehr, Barrierefreiheit, Freiwillige Feuerwehr, Parks und Bepflanzungen, sowie Sport und Kultur.

Auf vielen Straßen wird neuer Asphalt verlegt werden. Dies wird z.B. auf der Ruprecht-

straße in Hamborn, der Dunkerstraße in Homberg und der Ahrstraße in Meiderich zu Lärminderung führen. Straßenlärm soll zusätzlich durch eine Reduzierung von Ampeln und den Neubau von Kreisverkehren verringert werden. Mit Hilfe der Umstellung von Ampeln, wie auch der Straßenbeleuchtung, auf LED werden die Energiekosten der Stadt auch im Sinne des Umweltschutzes stark gesenkt. Eine energetische Sanierung von Immobilien der Stadt wird jährlich zusätzliche Kosten sparen. Durch den Bau eines Fernbusbahnhofs soll Duisburgs öffentlicher Personenverkehr attraktiver werden. Vorgesehen ist ein Bahnhof mit acht Haltebuchten in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof. Die Fertigstellung ist bereits für Ende dieses Jahres geplant. Außerdem sollen viele öffentliche Orte und Gebäude barrierefrei

werden, damit für Bürgerinnen und Bürger mit Gehbehinderung die Mobilität und Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verbessert wird. Bei der freiwilligen Feuerwehr werden 12 Fahrzeuge aufgrund ihres Alters ausgetauscht. Diese sind im Durchschnitt zwischen 25 und 30 Jahre alt. Neue Fahrzeuge werden unter Beachtung des Umweltstandards „Euro 6“ beschafft. Der Maßnahmenkatalog der Stadt sieht überdies Erstaufforstungen und Baumpflanzungen im ganzen Stadtgebiet, Investitionen in Sportanlagen und Sanierungen von Zoogebäuden zur Energieeffizienzsteigerung vor.

Ende 2018 sollen alle Investitionsprojekte umgesetzt sein. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind damit in den verschiedensten Lebensbereichen Verbesserungen verbunden.

Zusätzlich wird die Stadt durch die getätigten Investitionen 1,5 Mio. Euro Betriebskosten einsparen. Dies bedeutet, dass sich in den kommenden Jahren der finanzielle Spielraum Duisburgs für weitere wichtige Investitionen vergrößert. Das Sondervermögen des Bundes hilft auf diese Weise dabei, die Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt langfristig zu erhöhen. Der „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass Entlastungen und Unterstützung der Kommunen für uns Sozialdemokraten keine bloßen Lippenbekenntnisse sind. Zusammen mit dem „Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau“ stellt er eine effektive und wichtige Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft dar.

Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

14.03.2016	Dr. Tobias Knobloch, Projektleiter Open Data; Julia Manske stv. Projektleiterin stiftung neue verantwortung
18.03.2016	Hans-Ulrich Benra, stv. Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik; Willi Russ, 2. Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik dbb beamtenbund und tarifunion
14.04.2016	Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer; Jens Gerlich, politischer Sprecher Flughafenverband ADV
18.04.2016	Jürgen Strauß, Betriebsratsvorsitzender u.a. Papierfabrik Walsum
28.04.2016	Hartmut Schönmeier, Vorsitzender Fachbereich Besoldung, Haushalt & Laufbahnrecht Deutscher BundeswehrVerband
09.05.2016	Matthias von Randow, Hauptgeschäftsführer; Sebastian Dreyer, Leiter Security & Europapolitik Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft
17.05.2016	Hans-Walter Singer, Regionalgeschäftsführer Rheinland Helios Kliniken
30.05.2016	Dr. Berthold Stoppelkamp, Leiter Hauptstadtbüro; Juliane Holtz, Referentin Fachverbanc Aviation Bundesverband der Sicherheitswirtschaft
14.06.2016	Peter Trapp, Leiter Finanzen Duisburger Hafen AG duisport



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier könnt ihr nachlesen, wie Euer MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

08.07.2016	Erneuerbare-Energien-Gesetz Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Ausschreibungen für Strom aus erneuerbaren Energien und zu weiteren Änderungen des Rechts der erneuerbaren Energien (Erneuerbare Energie-Gesetz- EEG 2016) Drucksachen 18/8860 und 18/9096	Ja
08.07.2016	Bundeswehreinsatz EUNAVFOR MED Operation SOPHIA Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an EUNAVFOR MED Operation SOPHIA Drs. 18/8878 und 18/9035	Ja
07.07.2016	Schutz der sexuellen Selbstbestimmung Gesetzesentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung Drs. 18/8210, 18/8626 und 18/9097	Ja
24.06.2016	Verbot des unkonventionellen Frackings Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie Drs. 18/4713, 18/4949 und 18/8916	Ja
24.06.2016	Anpassung des Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetzes Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Erbschaftssteuer- u. Schenkungssteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Drs. 18/5923, 18/6279 und 18/8911	Ja
23.06.2016	Änderung des SGB II – Rechtsvereinfachung Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Rechtsvereinfachung; Drs. 18/8041, 18/8909 und 18/8923	Nein
23.06.2016	Bundeswehreinsatz im Libanon (UNIFIL) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) und nachfolgender Verlängerungsresolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Drs. 18/8624 und 18/8762	Ja
23.06.2016	Bundeswehreinsatz in Kosovo (KFOR) Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung auf	Ja

Fortsetzung der Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Drs. 18/8623 und 18/8760

13.05.2016 **Einstufung von Algerien Marokko und Tunesien**

Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten
Drs. 18/8039 und 18/8311

Ja

12.05.2016 **Bundeswehreinsatz vor Somalia (EU NAVFOR Atalanta)**

Fortsetzung der Beteiligung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EU NAVFOR Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008 und weiterer Resolutionen, zuletzt 2246 (2015) vom 10. November 2015
Drs. 18/8091 und 18/8286

Ja

12.05.2016 **Bundeswehreinsatz in Mali (EUTM Mali)**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali) auf Grundlage des Ersuchens der Regierung von Mali sowie der Beschlüsse des Rates der EU 2013/87/GASP vom 18. Februar 2013 – zuletzt geändert mit den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 2071 (2012) und 2227 (2015)
Drs. 18/8090 und 18/8284

Ja

12.05.2016 **Bahnstreckenstilllegungen – Beschlussempfehlung**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss) Antrag der Fraktion DIE LINKE. Drohende Streckenstilllegungen verhindern – Regionalisierungsmittel erhöhen
Drs. 18/8074 und 18/8362

Ja

12.05.2016 **Behindertengleichstellungsrecht – Entschließungsantrag**

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts Drs. 18/7823, 18/8428 und 18/8433

Nein

12.05.2016 **Behindertengleichstellungsrecht - Änderungsantrag**

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts
Drs. 18/7824, 18/8428 und 18/8432

Nein

28.04.2016 **Verbot von Fracking in Deutschland**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Verbot von Fracking in Deutschland
Drs. 18/4810 und 18/8113

Ja

28.04.2016 **Änderung des Bundesberggesetzes zur Untersagung der Fracking-Technik**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Änderung des Bundesberggesetzes zur Untersagung der Fracking-Technik
Drs. 18/7551 und 18/8125

Nein

14.04.2016 **Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen**

Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen
Drs. 18/6446 und 18/8106

Ja

Ruhrgebiet - Tradition neu denken

„Wie werden wir in Zukunft arbeiten und leben? Wie sehen Wirtschaft und Industrie von morgen aus? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Konferenz „Ruhrgebiet - Tradition neu denken“ am 1. Juli 2016 in Duisburg.

Veranstaltungsbericht

Rund 450 Personen waren der Einladung des Veranstalterkreises um Achim Post (Vorsitzender der NRW-Landesgruppe) und André Stinka (Generalsekretär der NRWSPD) gefolgt.

Ralf Jäger, NRW-Innenminister und Vorsitzender der SPD Duisburg, umriss in seinem Grußwort den Anlass der Veranstaltung. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet könne mit einem Marathonlauf verglichen werden und noch sei man nicht am Ziel, nämlich der „Verbesserung des Dreiklangs aus Wirtschaftskraft, Arbeitsmarkt und Lebensqualität als Ganzes“.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz schlug in seiner leidenschaftlichen Rede immer wieder den Bogen zwischen aktuellen europapolitischen Entwicklungen und den Veränderungsprozessen im Ruhrgebiet. An Ruhr und Emscher sei der Wandel erfolgreicher gestaltet worden als beispielsweise in den altindustriellen Regionen Großbritanniens, weil man hier Strukturbrüche vermieden und alte Industrien mit neuen technologischen Möglichkeiten verbunden habe – ganz gemäß dem Motto der Veranstaltung „Tradition neu denken“.



Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, hielt die Keynote-Rede.
© Uta Wagner

In ihren Impulsen forderten die Landesminister Garrelt Duin und Mike Groschek mehr Selbstbewusstsein für das Ruhrgebiet. Wirtschaftsminister Garrelt Duin ist stolz auf die Leistungen der Region: „Welche andere Region hätte so einen Strukturwandel bewältigen können?“ Er will das Ruhrgebiet zum globalen Leitanbieter für zukunftsfähige und sichere Industrie 4.0-Lösungen machen. Den Begriff „Heimat“ stellte Verkehrs- und Bauminister Mike Groschek ins Zentrum seiner Rede. In Zeiten der Globalisierung suche der Mensch nach sozialer Orientierung -

und keine Partei könne diese besser bieten als die SPD, weshalb der Heimatbegriff auch ein sozialdemokratischer sei.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion mit den zwei Ministern Duin und Groschek sowie Erich Staake von der Duisburger Hafen AG, Angelika Wagner vom DGB Niederrhein, dem Gelsenkirchener Oberbürgermeister und Vorsitzenden der SGK NRW Frank Baranowski und Martina Schmück-Glock, Fraktionsvorsitzende der SPD im Regionalverband Ruhr, ging es um die vielfältigen Aspekte einer „Zu-

kunftperspektive Ruhr“. Ob Logistik, Investitionsklima,verkehrliche Infrastruktur, Arbeit 4.0, Bildungsgerechtigkeit, Inklusion, „gesundes Kirch-turmendenken“, Tourismus, Breit-

bandausbau oder Kommunal-finanzen - das Spektrum an Themen war breit. So über-rascht es nicht, dass die Bun-destagsabgeordneten Bärbel Bas und Michael Groß, die die

Veranstaltung moderierten, ab-schließend dazu aufrufen, die Diskussion über Zukunftsideen für das Ruhrgebiet bei anderen Gelegenheiten fortzuführen.

Eindrücke von der Veranstaltung: https://www.facebook.com/nrwlandesgruppe/photos/?tab=album&album_id=987222808067670

Impulspapier für die Veranstaltung: <http://www.nrwspd-landesgruppe.de/wp-content/uploads/2016/06/tradition-neu-denken.pdf>

Zukunft des Nahverkehrs - Mobilität für die Kommune gestalten

Bericht von Florian Heldt

„Zukunft des Nahverkehrs - Mobilität für die Kommune gestalten!“ So lautete das Thema einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion, zu der Mahmut Özdemir, MdB, am 7. April 2016 in den Hamborner Ratskeller eingeladen hatte.

Der Einladung zu einer ange-regten Diskussion gefolgt, waren dabei der Sebastian Hartmann MdB, Mitglied in den Ausschüssen Verkehr und Digitale Infrastruktur und In-nenausschuss des Deutschen Bundestages, und Michael Wischnewski, Betriebsratsmit-glied der Duisburger Ver-kehrsgesellschaft AG (DVG).

Nach einer angeregten Diskus-sion mit den eingeladenen Gäs-ten und den rund 50 Zuschau-ern stand fest, dass die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs obgleich einiger Schwierigkei-ten auf gutem Wege geleitet ist. Der SPD-Bundestagsfraktion ist



v.l.n.r.: Michael Wischnewski (DVG), Mahmut Özdemir MdB, Sebastian Hartmann MdB (beide SPD)

die ÖPNV-Infrastruktur ein prio-ritäres Anliegen und mit der im Herbst 2015 erzielten Einigung mit den Ländern über die Zu-kunft der Regionalisierungsmit-tel ist der Schienenpersonen-nahverkehr langfristig gesi-chert.

Allerdings sieht Mahmut Özde-mir, MdB, die europaweiten Ausschreibungen von Aufträ-gen im Nahverkehr kritisch: „Wir haben festgestellt, dass große Ausschreibungen und mehr Wettbewerb nicht zu einer Verbesserung des Angebots

und der Ausstattung sowie Sauberkeit des städtischen öffentlichen Personennahverkehrs geführt haben. Deshalb ist es wichtig, diese grundlegende Daseinsvorsorge auch wieder vollständig ohne die Fesseln von europaweiten Ausschreibungen als Staat durchzuführen. Das Vergaberecht hat zu einer ‚Rosinen-

pickerei‘ geführt und bewirkt, dass das öffentliche Netz leidet. Der Nahverkehr ist wichtig für alle Menschen in der Stadt, gerade für die, die sich kein Fahrzeug leisten können oder wollen, aber auch für Arbeitnehmer, die ohne Stau-gefahr pünktlich zur Arbeit erscheinen wollen. Hier müssen unsere Busse und Stra-

ßenbahnen verlässlicher Partner bleiben und wieder mehr werden. In Berlin haben wir die Weichen finanziell gestellt, jetzt müssen wir wieder für „mehr Staat vor Privat“ sorgen. Das Gegenteil hat uns nichts als Ärger bisher gebracht und wir müssen es deshalb loswerden!“

Stadt ist Heimat - Aus Flüchtlingen werden Nachbarn!

Bericht von Florian Heldt



(v.l.n.r.) Frank Wittig (IG Glückauf-Halle), Michael Groß MdB, Sarah Philipp MdL, Mahmut Özdemir MdB und Frank Börner MdL (alle SPD)

„Stadt ist Heimat - Aus Flüchtlingen werden Nachbarn“ war das Thema der bewährten Veranstaltung „Fraktion vor Ort“, die am 30.06.16 auf Einladung

von Mahmut Özdemir, MdB im Hamborner Ratskeller stattfand.

Diesmal waren der wohnungs- und baupolitische Sprecher Michael Groß (MdB), Sarah Philipp (MdL NRW), Frank Bör-

ner (MdL NRW) sowie Frank Wittig (Interessengemeinschaft Glückauf-Halle) Mahmut Özdemirs Einladung gefolgt.

Im Kernpunkt der Diskussion stand die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und die Frage, mit welchen staatlichen und sozialen Projekten günstiger und gleichzeitig hinreichender Wohnraum geschaffen werden könne.

Schon jetzt werden pro Jahr mindestens 350.000 neue Wohnungen benötigt. Damit Wohnraum bezahlbar bleibt, wurden bereits auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion durch die Einführung der Mietpreisbremse, des Besteller-Prinzips bei Maklerverträgen, der Wohngeldreform sowie durch Investitionen in den Städtebau große richtige Schritte zur Verbesserung des Wohnungsmarkts unternommen. Diese

beginnen sich nun auszuzahlen.

Mahmut Özdemir erfreute sich einer regen Diskussion auf dem Podium und mit den ca. 50 Anwesenden und kommentierte den Abend wie folgt: „Die Diskussion heute hat gezeigt, dass Städtebauförderung vielmehr ist, als von öffentlicher Hand

geförderter bezahlbarer Wohnraum. Sozialer Städtebau kann nur gelingen, wenn die Sicherheit und Sauberkeit im Quartier stimmt. Wenn die Bildungseinrichtungen die strahlenden Einrichtungen im Stadtteil sind, erst dann fangen die Menschen an, sich in ihren vier Wänden wohlfühlen. Dieses Paket muss für jedes Quartier von der

Stadt geschnürt werden und Land und Bund müssen von Sicherheit bis Bildung die notwendigen Mittel bereitstellen. Jahrzehntlang wurde dieser Staat auf Kosten der heute in den Schulen lernenden und im Berufsleben stehenden jungen Menschen saniert. Jetzt ist die Zeit für Investition zuvörderst in die Köpfe - aber auch in Beton.

Özdemir on Tour

Eindrücke aus Terminen des Abgeordneten Mahmut Özdemir.



28. + 29. Mai 2016

Am Samstag, 28., und am Sonntag, 29. Mai, wurde die Rennstrecke vor der Kulisse des Stahlwerkes von ThyssenKrupp-Steel in Marxloh wieder zum Treffpunkt der internationalen Seifenkisten-Szene. Hier gibt sich Mahmut Özdemir (3. v.l.) an Bord.



16. Juni 2016

Bei einem Gespräch im Duisburger Zoo durfte Mahmut Özdemir auch einen Duisburger der anderen Art kennenlernen - neben Schildkröten gibt es im Zoo auch noch viele andere Tiere, zum Beispiel Tiger. Für die wurde Ende März eine neue Anlage eröffnet.



30. Juni 2016

Natürlich war auch Mahmut Özdemir Feuer und Flamme für die deutsche Elf, für den ersehnten Titel hat es trotzdem nicht ganz gereicht. - Aber **nach der Euro** ist bekanntlich **vor der Euro**.



30. Juni 2016

Als Entdecker kam Mahmut Özdemir im Rahmen des bundesweiten "Tag der kleinen Forscher" in die städtische Kindertageseinrichtung und das Familienzentrum "In den Haesen" in seinem Heimatstadtteil Homberg.



3. Juli 2016

Bei den Schützen in Walsum-Dorf durfte Mahmut Özdemir zum 160-jährigen Jubiläum gratulieren und auch einen Ehrendusschuss abgeben.



5. Juli 2016

In die A-Nationalmannschaft ist Mahmut Özdemir nicht berufen worden - dennoch spielt er gerne für den 1. FC Deutscher Bundestag, wenn der Kalender es erlaubt. In der Hand das Bier vom Getränkesponsor der Mannschaft aus Duisburg - dem Walsumer Brauhaus „Urfels“!



9. Juli 2016

Viel Freude machte es Mahmut Özdemir, das Sommerfest der Initiative „Tausche Bildung für Wohnen“ in Marxloh zu besuchen. Das Konzept des Vereins: Jungen Menschen kostenfreien Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die dafür im Gegenzug benachteiligte Kinder im Stadtteil betreuen und unterstützen.



12. Juli 2016

Mit Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) zu Gast auf dem Schulschiff Rhein im Rahmen einer Binnenschiffahrtstour.



Bericht von der BPA-Fahrt im Mai 2016

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestags die Möglichkeit, politisch interessierte Menschen aus ihrem Wahlkreis mit nach Berlin zu nehmen und diesen die Arbeit des Bundestages nahezubringen. Veranstalter ist das Bundespresseamt (BPA). Am 25. Mai war es wieder so weit, die nächste BPA-Fahrt stand an.

Früh morgens traf man sich am Duisburger Hauptbahnhof und fuhr mit einer bunt durchmischten Gruppe im ICE nach Berlin. Nach der Ankunft in der Hauptstadt besuchten die Mitreisenden als ersten Programmpunkt die Ausstellung „Topographie des Terrors“, die Einblicke in die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft im Dritten Reich vermittelt.

Als die Gruppe dann am Abend im Hotel eincheckte, merkte man vielen die Strapazen es langen Tages an. Während die einen sich früh in ihrem Zimmer

einrichteten, zog es andere doch noch auf einen kleinen „Absacker“ in die Hotellobby.

Am nächsten Tag standen dann eine Führung durch das Abgeordnetenhaus und ein Besuch in der Landesvertretung NRW auf dem Plan, der Nachmittag stand zur freien Verfügung.

Am Freitag erwartete alle wiederum ein ansprechendes Programm: Nach einer kurzen Stadtrundfahrt folgte ein Besuch im Innenministerium. Höhepunkt des Tages war der

Termin im Bundestag, bei dem Mahmut Özdemir die Fragen der Teilnehmerinnen beantwortete, sowie der anschließende Besuch des Bundeskanzleramtes.

Die Zeit verging insgesamt schneller als erwartet und so ging es nach einem abschließenden Besuch der Erlebnisausstellung „The Story of Berlin“ am Samstag schon wieder gen Heimat.